



2011 – wieder einmal ein anstrengendes Jahr 2012 – das Jahr vor der Landtagswahl

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vorab wünsche ich im Namen des GdP-Landesvorstandes sowie der GdP-Geschäftsstelle ein gesundes, erfolgreiches und glückliches neues Jahr.

Am Anfang eines Jahres ist es angebracht, ein kleines Resümee über das alte Jahr zu ziehen sowie einen Ausblick auf das neue Jahr zu wagen.

2011 war aus polizeilicher Sicht mal wieder ein anstrengendes Jahr. Das ist keine neue Feststellung, da dies für die vergangenen auch zutraf. 2011 zeichnete sich aber durch einige bemerkenswerte Vorgänge aus, die ausführlich auf unserer GdP-Homepage nachlesbar sind und ebenso durch starke Medienbegleitung auch der interessierten Öffentlichkeit bekannt sein dürften.

Mit der Präsentation der Ergebnisse der GdP-Mitgliederbefragung zur Belastung und Stimmung in der Polizei im **Januar**, über die der Innenminister einfach hinweggegangen ist, bis zur wiederholten Teilnahme der GdP an der jährlichen Demonstration für die Wiedereinführung einer Sonderzahlung am 9. Dezember in Hannover, ist im vergangenen Jahr viel passiert.

Die GdP gewinnt im Januar das Verfahren vor dem OVG Lüneburg zu Bereitschaftszeiten. Minister Schönemann hält sich nicht an die Vereinbarung zwischen MI und GdP und geht in Revision. Das Verfahren ist nunmehr beim BVerwG anhängig. Der Außerordentliche Delegiertentag am 27. Januar 2011 wählt mich zum Landesvorsitzenden und Klaus Dierker zum stellv. Vorsitzenden.

Im **März** kommt es nach starken Streiks und Demonstrationen zu einem Tarifabschluss mit 2,3% (2011) und 2,55% (2012), der nach GdP-Forderung auch auf den Beamten- und Versorgungsbereich übertragen wurde. In Anbetracht der Rahmenbedingungen ein akzeptables Ergebnis, welches nur durch starke Gewerkschaften erreicht wurde. Wann wird das endlich auch denjenigen klar, die sich immer noch der Solidargemeinschaft GdP verschließen, die Erhöhungen aber mitnehmen? Im März fordert

die GdP den zeitnahen Ausstieg aus der Kernenergie und eine offene Endlagerdebatte. In Anbetracht der Castor-Einsätze im Wendland in 2010 und 2011 berechtigter denn je.

Im **April** feiert die GdP 50 Jahre Nds. Personalvertretungsgesetz. Bernd Osterloh, Betriebsratsvorsitzender VW, fordert den Ausbau der Mitbestimmung und neuen Stil gegenüber Beschäftigten.



Dietmar Schilff,
GdP-Landesvorsitzender
Foto: GdP-Archiv

und brauchen keine Angst um Arbeitsplatzverlust zu haben.

Im **Juli** stellt Prof. Pfeiffer den 3. Bericht zu Gewalt gegen Polizei exklusiv der GdP vor.

Im **August** bundesweite Radsternfahrt der GdP zu Zivilcourage mit Durchfahrt und Halt an vier Stationen in Niedersachsen.

Im **August bis Oktober** stellt die GdP ihr Attraktivitätsprogramm den Parteien und per Landespressekonferenz auch der Öffentlichkeit vor.

Im **Oktober/November** erneuert die GdP ihre Forderung nach Absage des Castor-Transportes wegen Gefahr erhöhter Strahlenbelastung. Im Oktober setzt Schönemann LPP Bruns im Handstreich ab und es beginnt ein Personalkarussell in der Polizei.

Im **November** wählt die GdP ihre Kandidaten/-innen für die Wahl zum Polizeihauptpersonalrat im März 2012. Im November läuft erneut ein Castor-Transport nach Gorleben mit bisher nie da gewesener Gewalt einiger hundert Gewalttäter gegen die Polizei. Dadurch wird das wichtige Ansinnen der friedlichen Demon-

strationen konterkariert.

Ab **Dezember** neues nds. Beamtenversorgungsgesetz mit GdP-Erfolg: Beibehaltung der besonderen Altersgrenze für die Polizei. Im Dezember Haushaltsberatungen und Abwahlantrag der Oppositionsparteien gegen Minister Schönemann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dies war nur eine ganz kleine Bestandsaufnahme des abgelaufenen Jahres. Der Landesvorstand und ich persönlich bedanken uns sowohl für die positiven Rückmeldungen als auch für die konstruktive Kritik zu unserer Arbeit. Ich bedanke mich für die hervorragende Betreuungsarbeit der ehrenamtlichen GdP-ler in den Bezirks- und Kreisgruppen, bei der Arbeit der GdP-Geschäftsstelle sowie bei euch für eure Treue der GdP gegenüber. Die GdP ist nicht ohne Grund die stärkste Polizeigewerkschaft und die Mitgliedszahlen steigen derzeit wieder stark an; das ist gut und richtig so. Bewerten offensichtlich die Beschäftigten in der Polizei realistisch, wer sich wirklich für sie einsetzt. Es ist eben nicht angebracht, jede noch so kleine Verbesserung und notwendige Umsteuerung, die vom Innenminister öffentlichkeitswirksam dargestellt wird, euphorisch „abzufeiern“.

Im März 2012 sind Personalratswahlen. Seit über 50 Jahren vertreten Frauen und Männer auf den GdP-Listen eure Interessen. Das sollte im Sinne der Polizei auch so bleiben. Die Zusammenarbeit zwischen GdP und Personalräten macht die Interessenvertretung so stark. Was sonst noch in 2012 passiert, ist auch abhängig vom Urteil des Nds. Staatsgerichtshofs in Bückeburg zu den Landesfinanzen, zu den weiteren Entwicklungen der Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise sowie Aussagen im Vorwahljahr. Am 27. Januar 2013 wird ein neuer Landtag gewählt. Die GdP fordert einen anderen politischen Stil in der Auseinandersetzung, mitarbeiterorientierte Entscheidungen und einen Innenminister, der nicht ausgrenzt und nicht nur mit Leuten und Organisationen redet, die ihm gefal-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

len. Sie fordert den Verzicht auf Wahlgeschenke wie im Dezember 2007 mit der 860-Euro-„Kreuzchenprämie“. Das Schließen der Schere bei A 12/A 13 hat die GdP seit Jahren gefordert. Sie ist richtig und begrüßenswert, hätte aber auch schon viel früher erfolgen müssen. Dieses Schließen hat aber auch gar nichts mit dem falschen A-11-Dienstpostenkonzept zu tun. Der GdP geht es eben nicht nur um einige wenige, sondern um die gerechte Bewertung aller, denn Polizei ist Gemeinschaftsaufgabe. Das A-11-Konzept ist daher spaltend und gehört abgeschafft. Alleingelassen werden erneut unsere Kolleginnen und Kollegen im Ein-

stiegsamt, die die originäre polizeiliche Arbeit machen und für die so gut wie nichts vorgesehen ist. Die Wartezeiten nach A 10 laufen auf 13 Jahre zu, wer kann das denn noch verantworten? Wir als GdP werden ganz genau darauf achten, wer sich für eine Stärkung der Polizei im Tarif-, Verwaltungs- und Exekutivbereich ausspricht. Es ist nicht Aufga-

be von Gewerkschaften, aufgrund von schlechter Einnahme- und Ausgabenpolitik und falscher Klientelpolitik der politisch Verantwortlichen keine Forderungen mehr zu erheben. Wer das so tut, muss sich als Interessenvertretung hinterfragen.

GdP, präsent, wo's brennt!

Dietmar Schilff, Landesvorsitzender

CASTOR-EINSATZ NACHLESE

Polizei und Demonstranten gehen, die Probleme bleiben

Insgesamt 113 Castoren lagern nun in Gorleben.

Obwohl insgesamt mehr als 20 000 Kolleginnen und Kollegen (rund 8000 der Bundespolizei, über 12 000 von den Landespolizeien, davon 5400 aus Niedersachsen) den Castor-Transport 2011 auf Schienen und Straßen sicherten, dauerte die Verfrachtung der elf Behälter vom französischen La Hague bis zum Bestimmungsort im Landkreis Lüchow-Dannenberg mehr als 126 Stunden. Diese Rekorddauer wurde vor allem durch Proteste auf den letzten Abschnitten der insgesamt mehr als 1200 Kilometer langen Fahrt verursacht. Darunter waren viele friedliche Aktionen wie zum Beispiel Sitzblockaden und Kundgebungen, doch auch strafrechtlich Relevantes wie Schottern, Gleis-Ankettungen und zudem schwerwiegende Angriffe auf Polizeikräfte.

Aus Sicht der GdP Niedersachsen stellen die neue Intensität brutaler Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten einerseits und die weiterhin mangelnde Anerkennung der Belastungen andererseits die Hauptprobleme neben der ungelösten Endlagerung dar. „Die Fehlentscheidungen der Politik wurden von der Polizei

ausgebadet. Der Transport 2011 war falsch und jeder weitere ist es auch, solange die Endlagerfrage nicht geklärt ist“, sagte der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff, der selber mehr als vier Tage mit GdP-Öffentlichkeitsarbeiter Christian Hoffmann vor Ort war, am Ende des Einsatzes.

„Nach den extremen Belastungen für unsere Kolleginnen und Kollegen ist es dringend erforderlich, sämtliche Bereitschafts- und Einsatzezeiten hundertprozentig anzurechnen“, forderte er. „Das schul-



Einsatzkräfte und campierende Castor-Gegner.

Foto: Ralf Hermes (RH)



Christian Hoffmann (GdP Niedersachsen, Pressearbeit, links) und GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff bei den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen.

Foto: RH

det die verantwortliche Politik den Polizistinnen und Polizisten. Sie haben überlange Arbeitszeiten, ungeklärte Strahlenbelastungen und teilweise brutale Angriffe durch gewalttätige Autonome hinter sich und warten jetzt auf ein Zeichen der Wertschätzung von staatlicher Seite“, beschreibt der GdP-Landesvorsitzende das Stimmungsbild beim Castor-Transport 2011.

Politikerinnen und Politiker, die nicht vor Ort gewesen seien und sich somit kein wirkliches Bild machen konnten, sollten sich mit ihrer Meinung über den Polizeieinsatz zurückhalten, verlangte der GdP-

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **2/2010 bis zum 2. Januar 2011** und für die Ausgabe **3/2010 bis zum 31. Januar 2011.**

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.
Die Redaktion

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Geschäftsstelle:

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Uwe Robra (V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur des Landesjournals)
Im Eschbruch 8f, 30952 Ronnenberg
Telefon (0 51 08) 64 38 94
Mobil (0 15 25) 6 10 87 51
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83,
Fax 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6454



CASTOR-EINSATZ NACHLESE



GdP und PHPR bei der Einsatzleitung in der PD Lüneburg (v. l.): Judith Hausknecht, Jörg Radek, Dietmar Schilff, PP Friedrich Niehörster, Einsatzleiter Matthias Oltersdorf, Martin Hellweg Foto: Christian Hoffmann (CH)



Kundgebung und Demonstration der Anti-AKW-Bewegung in Dannenberg Foto: CH



GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff im ZDF-Interview Foto: CH



Castor-Zug im Wendland, 28. 11. 2011 Foto: CH

Landesvorsitzende: „Große Teile der politisch Verantwortlichen wissen leider noch immer nicht, was sie an der Polizei haben und wie sich die Polizeikräfte fühlen. Unser Respekt gilt dagegen allen Einsatz- sowie Verwaltungs- und Versorgungskräften, egal ob Beschäftigte der Polizei oder zeitlich befristete Hilfskräfte!“

Red. (CH)

Ausnahmezustand im Ausnahmezustand

Der dreizehnte Castor-Transport und seine Sonderrolle

Für einige war der Castor-Transport Ende 2011 ruhig – fast zu ruhig. Sie hätte gerne mehr zu tun, sagte eine junge Beamtin zu Dietmar Schilff, der mit dem GdP-Bus bei ihr und fünf Kollegen spät abends Halt machte, um sich über die Einsatzbedingungen zu informieren und nebenbei ein paar Süßigkeiten, Kartenspiele und Leselämpchen zu verteilen. Eine willkommene Abwechslung, wie das GdP-Team an allen Stationen hörte, die es im Verlaufe des Castor-Einsatzes unentwegt anlief.

Und eine interessante Erfahrung für den Autor dieser Zeilen, der wie sein GdP-Landesvorsitzender sehr viele Gespräche in Gorleben, Dannenberg, Lüneburg oder Lüneburg führte und dabei zum ersten Mal den Castor hautnah erlebte. Doch für andere gestaltete sich der Einsatz noch intensiver und damit auch erschreckender. Dem Beamten einer nie-



GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff (rechts) im Gespräch mit dem stellv. GdP-Bundesvorsitzenden Jörg Radek Foto: CH



GdP-Betreuung am Einsatzort im Wendland: Dietmar Schilff Foto: CH

sächsische Reiterstaffel wird die Hefigkeit autonomer Angriffe mit Molotow-Cocktails, Steinen und Leuchtspurmunition jedenfalls noch lange in Erinnerung bleiben. „So etwas habe ich in 30 Jahren noch nie erlebt“, sagte er angesichts der Ausschreitungen im kleinen wendländischen Ort Metzgingen. Bestätigt wurde dies von Journalisten, die dort ebenfalls dabei waren. „Todesangst“ hätte sie gehabt, sagte die Mitarbeiterin eines TV-Nachrichtensenders. Und der Fotograf zweier niedersächsischer Zeitungen berichtete von seiner panischen Flucht vor dem schwarzen Block.

Eine Armlänge reicht nicht aus

Ein Kommentar von Christian Hoffmann

Vor dem Castor-Transport 2011 hat die GdP Niedersachsen einige Gespräche mit der Anti-Atom Bewegung geführt. Die Position des Landesbezirks war dabei unzweideutig: Wir verstehen den Protest und teilen seine Motive grundsätzlich sogar, heißen ihn jedoch nur in seiner friedfertigen Variante gut. Augenscheinlich hat der Austausch allerdings nur wenig bewirkt. Zwar wollten die Bürgerinitiative Umweltschutz und andere die GdP nutzen, um ihre eigenen Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen. Die notwendige Abgrenzung zu gewalttätigen Gruppen indes, die sich innerhalb der Protestbewegung tummeln, blieb bloß blasser Theorie. Der gesamten Protestbewegung im Wendland muss jedoch spätestens seit dem Castor 2011 klar sein: Autonome und Gewalttouristen gefährden bewusst Leben – im Kern das von Polizeikräften. Inzwischen machen sie aber auch vor Journalisten und Unbeteiligten nicht mehr Halt.

Die GdP verlangt daher von den friedlichen Demonstranten und ihren Organisationen, dass sie sich aktiv von schwarzen Blöcken und ähnlichen Ansammlungen abgrenzen. Dasselbe gilt auch für die Teile der Politik im Lande, die aus wahltaktischen Gründen die Gewaltexzesse der Autonomen kleinredet. Dennoch bleibt die GdP Niedersachsen bei ihrer Ablehnung weiterer Atommüll-Transporte, solange die Endlagerfrage ungeklärt ist. Sie bleibt zudem bei ihrer Position, dass der Standort Gorleben mehr als hinterfragungswürdig und zudem gesellschaftlich nicht akzeptiert ist. Und sie behält vor allem ihre Überzeugung bei, nach der ausschließlich friedfertiger Protest und eine gelebte Gesprächskultur das Demonstrationsrecht stärken. So mancher Aktivist hingegen hat sich gerade einmal eine Armlänge von den Straftätern entfernt und damit den Zielen des gewaltfreien Widerstandes nachhaltig geschadet.

Unter diesen Vorzeichen fanden die zahllosen Kontakte der GdP Niedersachsen mit den Medien im Wendland statt. Denn obwohl die Gewalt gegen die Polizei phasenweise extrem eskalierte, agierte der überwiegende Teil des Protestes fried-

Fortsetzung auf Seite 4



Neues Beihilfe- und Versorgungsrecht in Kraft

Nds. Beamtenversorgungsgesetz seit 1. Dezember 2011

Seit dem 1. Dezember 2011 gelten die neuen Regelungen des Beamtenversorgungsrechts in Niedersachsen. Die wesentlichen Änderungen werden nachfolgend beschrieben.

1. Eckpunkte der Neuregelung

Die Altersgrenze für Beamtinnen und Beamte wird schrittweise – ab Geburtsjahrgang 1964 voll – auf 67 heraufgesetzt (Stufen siehe gelber Kasten). Die besonderen Altersgrenzen für Polizei (62), Feuerwehr und Justizvollzug bleiben – auch auf Grund des Widerstandes der GdP – erhalten.

2. Antragsaltersgrenze und Versorgungsabschläge

Die Antragsaltersgrenze wird auf 60 herabgesetzt, wobei aber für jedes Jahr der Versetzung in den Ruhestand vor dem 67. Lebensjahr ein Versorgungsabschlag von 3,6% fällig wird. Dieser beträgt also maximal 25,2%, so dass mehr als ein Viertel der Versorgung verloren geht, wenn bei einer Altersgrenze von 67 der Ruhestand ab dem 60. Lebensjahr angetreten wird.

Der abschlagsfreie Ruhestand mit 65 ist erst bei 45 ruhegehaltstfähigen Dienstjahren möglich, obwohl eine Steigerung

der Versorgung bereits nach 40 Dienstjahren nicht mehr erfolgt.

3. Schwerbehinderte

Es gibt Sonderregelungen für Schwerbehinderte.

4. Altersteilzeit

Die Altersteilzeit (ATZ) wird wieder eingeführt. Allerdings ist der Polizeivollzug von der ATZ-Regelung ausgenommen. ATZ gibt es nicht im Blockmodell, sondern wird nur noch in Form von Teilzeitbeschäftigung möglich sein. Begonnen kann die ATZ erst ab dem 60. Lebensjahr. Die Modalitäten sind deutlich verschlechtert, statt 50% müssen 60% der ATZ geleistet werden, anstelle von 83% des Netto wird nur noch auf 70% aufgestockt, die in ATZ zurückgelegten Zeiten sind auch nur noch zu 80% statt zu 90% als ruhegehaltstfähig.

5. Ausgleichsbetrag

Der Ausgleichsbetrag für besondere Altersgrenzen in Höhe von 4091 Euro verringert sich um jeweils 1/5 für jedes Jahr, das über das vollendete 60. Lebensjahr hinaus geleistet wird.

6. Hinausschieben des Ruhestandes für Polizeivollzugsbeamte

Auf Antrag kann der Ruhestand bis zu einem Jahr, wenn dienstliche Interessen nicht entgegenstehen für längstens weitere zwei Jahre, hinausgeschoben werden. Dieser Antrag muss vier Jahre vor Eintritt in den Ruhestand gestellt werden. Sollte die Frist versäumt werden, kann im Rahmen der Ermessensausübung der Eintritt um bis zu drei Jahren hinausgeschoben werden.

7. Ruhestand auf Antrag für Polizeivollzugsbeamte

Ab Vollendung des 60. Lebensjahres kann die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand beantragt werden. Hier muss der Antrag bereits vier Jahre vor dem beantragten Eintritt gestellt werden. Pro Jahr erfolgt ein Abschlag in Höhe von 3,6%. Übergangsvorschriften gibt es hierfür nicht, das heißt, dass frühestens die jetzt 57-Jährigen beantragen können, mit 61 in den Ruhestand zu gehen. Beamte/-innen, die nicht unter eine besondere Altersgrenze fallen, müssen den Antrag sechs Monate vor Eintritt in den Ruhestand stellen.

8. Gleichstellung

Das Gesetz sieht eine Gleichstellung der Ehepartner mit den Partnern einer eingetragenen Lebensgemeinschaft vor.

* Geburtsjahr Anhebung um

1947	1 Monat	1956	10 Monate
1948	2 Monate	1957	11 Monate
1949	3 Monate	1958	12 Monate
1950	4 Monate	1959	14 Monate
1951	5 Monate	1960	16 Monate
1952	6 Monate	1961	18 Monate
1953	7 Monate	1962	20 Monate
1954	8 Monate	1963	22 Monate
1955	9 Monate		

Beihilfeverordnung zum 1. Januar 2012

Als Folge der Föderalismusreform und der damit verbundenen Zuständigkeits- und Aufgabenübertragung auf die Länder hat nun auch Niedersachsen eine neue, eigene Beihilfeverordnung, die zum 1. Januar 2012 in Kraft tritt.

CASTOR-EINSATZ

Fortsetzung von Seite 3

lich. In Stellungnahmen gegenüber der ARD, dem ZDF, Sat1, n-TV, N24, dem NDR, dem Deutschlandfunk, Hit-radio Antenne, Radio ffn und Radio 21 sowie Nachrichtenagenturen, Zeitungen und anderen Medien brachte der GdP-Landesvorsitzende diese Zweiteilung immer wieder zum Ausdruck.

Doch egal ob jemand an seinen Aufenthaltsorten im Wendland Ruhe oder Aufruhr erlebt hat, es bleiben neben persönlichen Eindrücken am Schluss einige Fakten zurück, die den speziellen Ausnahmezustand 2011 im fortwährenden Ausnahmezustand Castor-Transporte nur allzu deutlich dokumentieren: Mehr als 130 verletzte Kolleginnen und Kollegen, die längste Transportdauer aller Zeiten – und nicht zuletzt wohl mehr als 33 Millionen Euro Kosten, die allein das Land Niedersachsen zu tragen hat.

CH

ARBEITS- UND TARIFRECHT

Tarifkonferenz der GdP Niedersachsen

Die GdP führt am Mittwoch, 8. Februar 2011, von 10 bis 15 Uhr eine Tarifkonferenz in Hannover im Stadtteilzentrum KroKuS Kronsberg durch. Als Zielgruppe gelten insbesondere Personalräte, Tarifsachbearbeiter/-innen, Mitglieder der Tarifkommission, aber auch interessierte und betroffene Kollegen/-innen, die keine weitreichenden Vorkenntnisse aufweisen. Es soll insbesondere die mittlerweile abgestimmte

Entgeltordnung erläutert und Kenntnisse hierüber vertieft werden. Des Weiteren geht es um Entgeltumwandlung und die Zusatzversorgung (VBL). Mit Fragen und Diskussion sowie einem Ausblick wird die Konferenz schließen. Weitere Infos werden auf www.gdp-niedersachsen.de bekanntgegeben. Anfahrt und Stadtkarte: <http://www.hannover.de/stadtteilzentren/krokus>

Red.



BEAMTENRECHT NIEDERSACHSEN

Die GdP begrüßt ausdrücklich, dass das nds. Beihilferecht mit der Vorlage der Beihilfeverordnung, die den gesetzlichen Rahmen des § 80 NBG ausfüllt, endlich auf ein verfassungsgemäßes Fundament gestellt wird. Damit wird der spätestens seit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 2004 fragwürdige rechtliche Umstand der Anwendung der Beihilfevorschriften des Bundes und den daraus resultierenden zahlreichen gerichtlichen Verfahren ein Ende gesetzt. Das führt zu mehr Rechts-

sicherheit für die betroffenen Beamtinnen und Beamten ebenso wie für die Beihilfesachbearbeitung.

Die Ausgestaltung der Beihilfevorschriften ist geprägt von einer Angleichung des Leistungsumfanges an die gesetzliche Krankenversicherung. Die GdP hat sich in der Vergangenheit immer wieder gegen eine Einschränkung des Leistungskataloges für die gesetzlich Krankenversicherten ausgesprochen. Vor diesem Hintergrund wird auch eine mit dieser Anpassung einhergehende Ver-

schlechterung der Gesundheitsfürsorge für die Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen grundsätzlich kritisch gesehen. Der Verordnungsgeber verfolgt erklärtermaßen die Absicht, die Beihilfe an das System der gesetzlichen Krankenversicherung anzugleichen.

Der Inhalt der Niedersächsischen Beihilfeverordnung nebst Anlagen ist im Niedersächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt vom 10. November 2011 (Nr. 26) nachzulesen.

Jana Herzog

AKTION TANNENBAUM 2011

Wieder kahler Weihnachtsbaum für Möllring

GdP, ver.di und GEW „danken“ mit Demo und Kundgebung für sieben Jahre Verlust des Weihnachts- und Urlaubsgeldes.

„Wir wollen Weihnachts- und Urlaubsgeld!“ Frustriert und mit gellendem Pfeifkonzert ziehen Kolleginnen und Kollegen von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten, Schulen und Verwaltung skandierend am 9. Dezember von der Feuer- und Rettungswache 1 am Goetheplatz durch die City von Hannover und statten dem Landtag und dem Amtssitz von Finanzminister Hartmut Möllring einen Besuch ab. Mit einem kahlen Tannenbaum liefern sie ihm die Bescherung.

Seit 2005 hat die niedersächsische Landesregierung die Sonderzahlungen gestrichen. Das empfinden die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als „Hohn statt



Kahler Weihnachtsbaum für Möllring

Lohn“. Möllring erhielt jedes Jahr das Versprechen, dass auch im Folgejahr die Empörung der Beamten/-innen über diese Streichung gewiss sein wird, wenn sich nichts bewegt. Es hat sich nichts bewegt. Milliarden Steuergelder werden für Rettungsschirme bereitgestellt. Doch den ÖD-Beschäftigten – gerade auch in den ge-

fahrengeneigten Diensten oder in gesundheitsbelastenden Schichtdiensten – wurde einseitig die Zahlung von Weihnachts- und Urlaubsgeld gestrichen und hartnäckig weiter vorenthalten.

Doch die Landesregierung übersieht etwas Wichtiges:

- Ohne Polizei und Rettungsdienste gibt es keine innere Sicherheit in Niedersachsen!
- Wir halten jeden Tag unseren Kopf dafür hin!
- Dafür wollen wir auch angemessen honoriert werden!

Es gibt nur eine logische Forderung: die nach Wiedereinführung von Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Trotz gerade überstandenen Castor-Einsatzes fanden sich zahlreiche Kolleginnen und Kollegen und der gesamte Geschäftsführende Landesvorstand der GdP ein. **Red.**

AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Termin-Check/Einladungen:

Einladung: Zu unserer traditionellen Jahresbegegnung laden wir alle Kolleginnen und Kollegen der **BG PD Hannover am 19. Januar 2012**, ab 16.30 Uhr in die alte Schmiede bei der Reiter- und Hundestaffel Hannover, Liegenschaft Am Welfenplatz 1, herzlich ein. Für Essen und Getränke ist selbstverständlich gesorgt.

Der Vorstand

Einladung: JHV der KG Bepo Braunschweig am 15. Februar 2012 um 16.00

Uhr im Kantinebenraum, Friedrich-Voigtländer-Str. 41, 38104 Braunschweig. Alle Mitglieder der KG sind hierzu herzlich eingeladen.

Die Tagesordnung geht den Mitgliedern rechtzeitig zu. Anträge bitte bis zum 5. Februar 2012 an den Vorstand stellen. Als Gäste können wir den BG-Vorsitzenden Frank Jürges und den GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff begrüßen. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Anmeldungen bitte an Manfred Gehrke, Tel. 05 31/4 76 49 11, oder Bernd Pahl, Tel. 05 31/4 76 49 94.

Bernd Pahl

Einladung: Spieleabend der KG PI Garbsen am 9. Februar 2012, 18.00 Uhr, im Unteroffiziersheim Fliegerhorst Wunstorf, Großer Saal, Straße Am Dänenberg. Es wird Skat, Doppelkopf, Kniffel und auch wieder Poker gespielt. Startgeld: 8 Euro für GdP-Mitglieder, 10 Euro für Nichtmitglieder. Es gibt Grünkohl zum „Sattessen“ für 7,50 Euro, zahlbar mit dem Startgeld bei den Ansprechpartnern mit der **Anmeldung bis 20. Januar 2012** bei: Bernd Geweke (PK Wunstorf), Gerrit Dierkes (PK Neustadt), Thorsten

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Haupt (PK Seelze), Wolfgang Meyer-Peter und Friedrich Haack (PI Garbsen), Gudrun Purtz (PK Ronnenberg), Michael Aumann (PK Barsinghausen), Richard Klimke und Gero Mochmann (PK Springe). Wir freuen uns auf einen schönen, lustigen und gemütlichen Abend in netter spielfreudiger Runde mit tollen Preisen.

Bernd Geweke, KG-Vorsitzender

JUNGE GRUPPE-Aktion „Auch Mensch“ zeigt Polizei im Spannungsfeld zwischen Politik und Gesellschaft: Damit hat sie am 16. November im Vorfeld des Castor-Transports zum Gewaltverzicht aufgerufen. In der hannoverschen Innenstadt wurden Passanten auf die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte hingewiesen. Das Problem müsse öffentlich stärker thematisiert werden, so Landesjugendvorsitzender Kevin Komolka und GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff.

Foto: JG

HAUSHALT 2012/2013

Polizeilob aller Fraktionen – nun bitte „Butter bei die Fische“!

Im Dezember-Plenum am 7. 12. 2011 beriet der Landtag den Doppelhaushalt 2012/2013 für den Bereich Inneres und Sport. Einig waren sich alle Fraktionen in ihren Redebeiträgen in der Bewertung der guten Arbeit der Polizei. In der Frage der Forderungen für den Polizeibereich und den Verfassungsschutz gab es allerdings erhebliche Unterschiede.

Neben den angekündigten 273 Stellenhebungen nach A 12, aus denen sich jeweils 273 Beförderungen nach A 12, A 11 und A 10 ergeben, hat der Landtag die Anschaffung von zwei neuen Hubschraubern vorgesehen, die Einstellung von einigen Mio. für einen LKA-Neubau, 1,5 Mio. für ein IT-Konzept, 2 Mio. für Sachmittel und 9,1 Mio. für Baumaßnahmen

in Bramsche und Cloppenburg. In Anbetracht der problematischen Haushaltssituation und den Forderungen aus ande-

PR-Wahlen 6./7. März 2012: GdP wählen!

ren Ressorts sicherlich ein Kraftakt, den wir auch der Argumentation der drei Polizisten und GdP-Mitglieder in der CDU-Landtagsfraktion Jan Ahlers, Thomas Adasch und Rudi Götz mit zu verdanken haben. Unsere Gespräche mit der CDU- sowie der FDP-Fraktion haben hier also Früchte getragen.

Die Oppositionsparteien orientierten sich mit ihren Forderungen im Wesentlichen am Attraktivitätsprogramm der GdP. Übereinstimmend äußerten sich die Vertreter aller Fraktionen positiv über die Arbeit der niedersächsischen Polizei.

Die anderen in der Debatte durch die Oppositionsfraktionen angesprochenen Punkte, etwa die schlechte Stimmung in der Polizei, die mangelnde Beteiligung der Beschäftigten und der Personalvertretungen und weitere, sind zwar nicht Bestandteil von Haushaltsanträgen, aber deshalb nicht weniger wichtig. In diesen



Mehr Geld zum 1. 1. 2012

Der Tarifabschluss 2011 hat eine Entgelterhöhung zum 1. 1. 2012 vorgesehen, die durch den Landesgesetzgeber auch auf die Beamten/-innen und Versorgungsempfänger/-innen übertragen wurde. Im Rahmen der einkommensabhängigen Berechnung der Mitgliedsbeiträge der GdP werden auch diese zum I. Quartal 2012 angepasst.

Die Tabellenentgelte der Tarifbeschäftigten werden zum 1. 1. 2012 um

1,9% zuzüglich eines Sockels von 17 € erhöht. In gleichem Umfang verändern sich auch die Bezüge der Beamten/-innen und der Versorgungsempfänger/-innen ebenfalls zum 1. 1. 2012.

Anpassung der GdP-Mitgliedsbeiträge zum I. Quartal 2012

Die Mitgliedsbeiträge der GdP orientieren sich am Einkommen unserer Mit-

glieder. Daher erfolgt – wie auch in der Vergangenheit – eine entsprechende Anpassung im Fall einer Einkommenserhöhung. Konkret bedeutet das eine monatliche Steigerung der Mitgliedsbeiträge beispielsweise für die Besoldungsgruppe A 9 und die Entgeltgruppe A 9 um 0,36 €.

Die Rentner/-innen sind in Ermangelung einer Rentensteigerung von der Anpassung ausgenommen.

JH

HAUSHALT

Anzeige

Bereichen herrscht akuter Handlungsbedarf. Auch wenn der GdP klar ist, dass es schwierig ist, alle Probleme sofort zu lösen, bleibt mindestens ein Wermutstropfen angesichts der starren Haltung von CDU und FDP hinsichtlich des A-11-Konzeptes. Diese Probleme muss und wird die GdP auch weiter ansprechen. Leistung wird bei immer schwierigeren Rahmenbedingungen nun mal auch in den Besoldungsgruppen unterhalb von A 11 erbracht.

Diese Kolleginnen und Kollegen haben ohne Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie bei den Neueinsteigern auch noch ohne Freie Heilfürsorge heute im Vergleich zu früher nicht mehr Geld zur Verfügung, als ehemals A 8er und A 9er im mittleren Dienst. Deshalb muss gerade in diesem Bereich erheblich nachgebessert werden, will man der demographischen Entwicklung begegnen und die Arbeit des Einzelnen wirklich wertschätzen. 13 Jahre Wartezeit auf eine Beförderung nach A 10 und Pensionierungen mit A 9 nach 40 Jahren Arbeit sind und bleiben völlig inakzeptabel und unsozial. Dies gilt auch für die fehlenden Perspektiven für Verwaltungsbeamte/-innen und Tarifbeschäftigte.

Die GdP war, ist und bleibt am Ball. Die GdP war auch bei der Debatte im Landtag und hat kurz vor dem Plenum mit einem Schreiben an die Innenpolitiker der Fraktionen noch einmal für Verbesserungen plädiert sowie am Rande des Plenums dauernd in Kontakt mit den Parlamentariern gestanden.

Eine ausführliche Darstellung der Landtagsdebatte haben wir auf unserer Website unter www.gdp-niedersachsen.de veröffentlicht.

Präsent wo's brennt – Gewerkschaft der Polizei DS

GdP Touristik Niedersachsen

Mit GdP-Touristik wird auch Ihr Urlaub ein voller Erfolg. Egal ob Pauschalreise, Lastminute-Angebot, Kreuzfahrt, Gruppenreise oder eine Kurzreise - wir haben immer das passende Angebot für Sie. **Und das Beste:**

*** GdP Mitglieder und Angehörige buchen bei UNS mit 5% Ermäßigung**

GdP-Mitgliederservice
GmbH NIEDERSACHSEN

GdP-Touristik
Berckhusenstr. 133 a • 30625 Hannover
Tel. 05 11 / 53 03 810 • Fax 05 11 / 53 03 850
✉ service@gdp-service.de

Wir freuen uns auf Ihre Buchung!

www.gdp-service.de



DIALOG MIT POLIZEIFÜHRUNG UND POLITIK

Erster Austausch mit dem neuen LPP Uwe Binias

Nachdem Uwe Binias direkt nach seiner Ernennung zum Präsidenten des Landespräsidiums für Polizei, Brand- und Katastrophenschutz (LPPBK) auf Einladung auf dem Delegiertentag der GdP am 3. November 2011 gesprochen hatte, wurde ein zeitnaher Termin für ein erstes persönliches Gespräch mit dem GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff vereinbart. Dieses kam am 29. November 2011 zustande. Schwerpunkte des einstündigen sehr konstruktiven Gesprächs waren

- der kurz zuvor beendete Castor-Transport,
- die beabsichtigten Stellenhebungen und die damit verbundenen Probleme (nur noch zwei jährliche Beförderungstermine am 1. Juni und 1. Dezember),

- die angedachte Organisationsveränderung im Landespolizeipräsidium,
- die Verunsicherung in der Polizei aufgrund der durchgeführten und angedachten Personalveränderungen,
- die Stimmungslage in der Polizei,
- die unbefriedigende Beförderungssituation im Bereich A 9/A 10 sowie
- die fehlenden Perspektiven im Tarif- und Verwaltungsbereich.

Die beiden Gesprächspartner vereinbarten einen ständigen Kontakt.

Treffen mit Landtagsabgeordneten Ahlers und Adasch

Am 14. November 2011 hat sich Dietmar Schilff zu einem ersten Gespräch mit **Johann-Heinrich Ahlers** und **Thomas Adasch** (beide CDU-Fraktion) in deren neuen Funktionen getroffen. Ahlers ist

zum **Vorsitzenden des Ausschusses für Inneres und Sport (AfIuS)** ernannt worden. Adasch ist Ahlers in der Funktion des polizeipolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion nachgefolgt. Beide sind GdP-Mitglieder und haben erklärt, auch weiterhin immer für Gespräche mit der GdP zur Verfügung zu stehen. *DS/Red.*



V. l.: Adasch, Schilff, Ahlers

Foto: CDU-Fraktion

SENIORENGRUPPE

Zweites Seniorenseminar

Mit 17 Teilnehmern – leider wieder keine Seniorin – fand am 7. und 8. November 2011 das zweite Seminar der Seniorengruppe statt. Geboten wurden im Jeddinger Hof in Visselhövede Informationen über aktuelle und wichtige Themen.

Landesvorsitzender Dietmar Schilff referierte über die gewerkschaftspolitische Lage Niedersachsens, das neue Attraktivitätsprogramm der GdP, das Personalkarussell in der niedersächsischen Polizeiführung und den Castor-Einsatz 2011.



Teilnehmer des Seniorenseminars im Jeddinger Hof in Visselhövede

Foto: Rudi Refinger

Erste Hauptthemen des Seminars waren das neue Beihilferecht ab 1. Januar 2012 und Fragen zu Patientenverfügung, Betreuungsverfügung und Vollmacht für Angehörige oder Vertrauenspersonen,

also sehr wichtige und sensible Anliegen, deren Ausmaß und Bedeutung nicht immer richtig erkannt werden. Hier gilt, rechtzeitig Verfügungen und Vollmachten für den Bedarfsfall zu erstellen und bei personalführenden Stellen zu hinterlegen.

Der Themenbereich betreutes Wohnen, Service Wohnen und Aufenthalte in Pflegeheimen wurde durch die Kollegen Kulig aus Berlin und Manfred Forreiter aus Niedersachsen präsentiert. Aufgrund des Umfangs und der knappen Zeit konnten nicht alle Aspekte abschließend dargestellt werden. Auch hier gilt der Appell, rechtzeitig Vorsorge zu treffen. Informationen im Internet dazu gibt es z. B. unter www.pflegelotse.de oder in der Zeitschrift Finanztest Spezial „Eltern versorgen“ (www.test.de/shop/gesundheitskosmetik/finanztest-spezial-eltern-versorgen-fs0052000/). Zusätzlich stehen die GdP-Seniorenvertreter mit Rat und Hilfe zur Verfügung.

Schließlich sei Rudolf Refinger gedankt, der auch dieses zweite Seminar hervorragend organisiert hatte.

Hartwig Frede

NACHRUF

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Appich, Wilgard	31. 7. 1921	Krs.-Gr. Bepo Braunschweig
Baasch, Harald	21. 7. 1925	Krs.-Gr. Osnabrück
Bloch, Ulrich	1. 5. 1921	Krs.-Gr. Gifhorn
Ecker, Horst-Jürgen	23. 5. 1955	Krs.-Gr. Braunschweig
Glowienka, Horst	12. 8. 1924	Krs.-Gr. Bepo Hannover
Goesmann, Johannes	10. 5. 1924	Krs.-Gr. Ammerland
Konrad, Horst	8. 2. 1931	Krs.-Gr. Northeim
Ritschel, Bruno	8. 9. 1908	Krs.-Gr. Northeim
Schwanke, Peter	23. 5. 1949	Krs.-Gr. Göttingen
Sieveke, Theresia	24. 3. 1961	Krs.-Gr. Vechta
Wahnhoff, Werner	1. 1. 1929	Krs.-Gr. Osnabrück

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

